

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.; in Oesterreich 4,43 K.
Abgabe B ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1,40 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 J.

Anzerate werden die Sachhaltene Beilage oder deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J. die Stelle berechnet, bei Wiederholungen entsprechenden Rabatt.

Redaktions- und Geschäftsstelle:
Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1366

Für Rückgabe unentgeltl. Schriftstücke keine Verbindlichkeit
Redaktions-Geschäftsstunden: 11 bis 12 Uhr.

Trotz noch nie dagewesener Kaffee-Teuerung kostet unser beliebter, vorzüglicher

Familien-Kaffee

nur 150 Pf. das Pfund.

Gerling & Rockstroh, Dresden.

Niederlagen in allen Stadtteilen.

Die reichsländische Verfassungsrevision.

Dresden, den 29. Mai 1911

Zehr entgegengesetzt sind die Empfindungen, mit denen die Annahme des Gesetzes über die reichsländische Verfassung aufgenommen wurde. Zu einem großen Teile der Presse löste sie uneingeschränkten Jubel aus, während rechtsstehende Blätter von einem schwarzen Tage der Niederlage Preußens reden. Der neue deutsche Bundesstaat wird vom „Verl. Lokalan.“ folgendermaßen begrüßt:

„Einem wahrhaft nationalen Werke von großer Bedeutung hat der Reichstag gestern endgültig seinen Segen gegeben. Elsaß-Lothringen, bisher nur ein Objekt der Reichsgesetzgebung, ist in die Reihe der sich selbstbestimmenden deutschen Bundesstaaten eingetreten. Es erhält die Befugnis, seine eigenen Angelegenheiten selbstständig zu ordnen und darüber hinaus an allen Aufgaben der deutschen Volksgemeinschaft aktiv mitzuarbeiten. Die Verfassung, die ihm jetzt nach 40jähriger Zugehörigkeit zum Reiche von diesem verliehen wird, kann zwar wieder nur vom Reiche geändert werden, aber ihr Rahmen ist so weit gezogen, daß vielleicht abermals vier Jahrzehnte vergehen werden, ehe ein Bedürfnis nach voller Autonomie — um diese kann es sich in Zukunft nur noch handeln — sich einstellen wird. Diese schwebt als Endziel der staatsrechtlichen Entwicklung für unser westliches Grenzland der Regierung wie auch allen Parteien im Reichstage vor Augen. Das Maß von Rechten und Freiheiten, das man den Elsaß-Lothringern eingeräumt hat, konnte natürlich nur dem gegenwärtigen Zustand des Landes angepaßt werden. Es sichert ihnen im Vergleich zu der bisherigen Abhängigkeit von den Reichsinstanzen zu außerordentlich gewichtige Fortschritte, daß sie für absehbare Zeit vollumfänglich damit zu tun haben werden, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. . . Elsaß-Lothringen wird jetzt aufgenommen in den „Ewigen Bund“, den die deutschen Staaten nach den gewaltigen Kämpfen vor 40 Jahren miteinander geschlossen haben. Die Verfassung, die es erhält, ist natürlich nicht Selbstzweck, sie soll dazu beitragen, das schöne Grenzland kulturell und wirtschaftlich mit Gesamtdeutschland zu verschmelzen und so die Heberzeugung von der Unauflöslichkeit dieses ewigen Bundes auch in den Herzen der Elsaß-Lothringer tiefer und tiefer verankern. Wenn in den nächsten um die Reform des Oesterren das Wort von dem Sprung ins Dunkle gefallen ist, den man zu machen im Begriffe stehe, so wird es nun an unseren Brüdern im Westen sein, zu beweisen, daß das Reich nicht vergebens auf ihre treue Mitarbeit zählt. Wir wollen hoffen, daß sie von den Rechten, die in ihre Hand gegeben werden, auch den richtigen Gebrauch machen. Das Reich hat sie in den Sattel gesetzt; sie mögen jetzt zeigen, daß sie auch reiten können.“

Die „Dresdn. Nachr.“ marschieren an der Spitze der unzufriedenen Konservativen. Das Blatt findet Töne der Entschiedenheit, die wir sonst sehr stark an ihm vermiffen. Elsaß-Lothringen liegt weit, da kann man schon eine feste Stellung einnehmen. Zu dem Vordergrund des Tadelns über den Ausgang steht natürlich als Begründung die Don Luisroteische Bindemühle. Das Blatt sagt, daß nicht der Kanzler den Sieg errungen habe. „Wohl aber,“ fährt es fort, „haben Grund zu triumphieren zwei politische Faktoren unseres Reiches, die stets eine Gefahr für Deutschland bedeutet haben, nämlich Zentrum und Sozialdemokratie. Sie haben in der Tat Erfolge errungen, die sie sich noch vor kurzem nicht hätten träumen lassen. Sie sind am Ziele, nicht der Kanzler.“

Die Begründung dieses Urteils sucht man vergebens. Da ist doch der „Verl. Lokalan.“ gerechter in seinem Urteil. Er anerkennt die Arbeit des Zentrums, indem er ausdrücklich schreibt:

„Zerstört ist endlich auch die vielfach geflüchtete genährte Legende, daß das Zentrum sich immer und überall von eigennütigen Fraktionsinteressen leiten lasse. Das Zentrum geht jetzt, nachdem es den Verfassungsvorlagen zur Annahme verholfen, in Elsaß-Lothringen recht schweren Entgegen; parteipolitisch hätte es besser abgeknitten, wenn es dem Drängen der Wetterlé und Blumenthal nachgegeben und die Regierung im Stiche gelassen hätte. Aber diese Partei denkt nicht bloß an den nächsten Tag, sondern weit darüber hinaus. Die Wetterlé und Blumenthal werden über kurz oder lang ausgespielt haben, und dann wird das Zentrum ernten können, was es heute mitgesetzt hat.“

Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß das Zentrum in den Reichsländern vorerst einen schweren Stand haben wird, aber im Laufe der Jahre werden die Reichsländer einsehen müssen, daß das Zentrum gut daran tat, die Verfassung an-

zunehmen. Jetzt ist die Hauptaufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß die ersten Landtagswahlen im Herbst gut ausfallen, indem recht tüchtig gearbeitet wird.

Der „Vorwärts“ beliebt es, in eitler Phrasenhaftigkeit die Sache so darzustellen, als hätte die Sozialdemokratie die ganze Reform gemacht. Tatsache aber ist, daß die Vorlage auch ohne die 53 roten Stimmen eine Mehrheit gehabt hätte; dann würde die Schlussabstimmung 158 gegen 146 Stimmen ergeben haben, aber die Mehrheit wäre dagewesen. Der erste Schritt der Genossen im Gewande der Regierungspartei verleitet den „Vorwärts“ zu folgendem Jubelruf:

„Da stellte man das Ansehen an die Sozialdemokratie, das Zustandekommen des Gesetzes durch ihre Enthaltung zu ermöglichen; die zweite Altersstimme sollte dafür beseitigt werden. Mühl wurde den Herren bedeutet, daß für die Sozialdemokratie ein Verhandeln nur möglich sei auf dem Boden des völlig gleichen Wahlrechtes. Nachmals machten die allzu Arbeitswilligen den Versuch, das Gesetz ohne die Sozialdemokratie fertig zu bekommen. Der Erfolg war die Ablehnung in der Kommission. Da mühten sie uns kommen. Die Regierung war in einer Zwangslage. Das Gesetz, das nach 40 Jahren aus der nungewonnenen Volksgenossen deutsche Staatsbürger machen sollte, konnte nicht fallen gelassen werden, ohne das Ansehen Deutschlands, das sich unfähig gezeigt hatte, nach so langer Zeit eine so wichtige Aufgabe zu lösen, im Auslande aufs empfindlichste zu schädigen.“

Wenn also künftig die Sozialdemokraten, die hier für Monarchie und Erste Kammer eintreten, noch mehr Regierungspartei werden, dann kann der „Vorwärts“ die Stelle des Regierungssprechers richtig einnehmen; er besitzt die Fähigkeiten hierzu in ausgezeichnetem Maße. Nur werden nicht alle Genossen von dieser raschen Wendung sehr erbaunt sein. Freilich präsentiert er auch schon die Rechnung, indem er für Preußen das allgemeine Wahlrecht fordert.

Um nochmals auf die „Dresdn. Nachr.“ zurückzukommen, so sei hier der Grund genannt, der sie besonders in Barnitz gebracht hat. Das Blatt meint, in den Einheitskämpfen des Deutschen Reiches habe man Kleinstaatengepfert, um zur Einheit zu kommen; jetzt aber schaffe man einen neuen Kleinstaat, ein „Aerikal-demokratisches Gebilde mit französischer Färbung“. Weiter heißt es: „Sollten unsere Wäter es geahnt, sie hätten Elsaß-Lothringen nie und nimmer zum Reichslände gemacht, sie hätten das mit dem Schwerte eroberte Land in irgend einer Form den deutschen Einzelstaaten einverleibt. Daß sie es nicht getan haben, ist heute doppelt schmerzlich, denn nun erst beginnt die elsass-lothringische Frage eine Gefahr zu werden für das Reich.“

Besonders tadeln die „Dr. N.“, daß der Reichskanzler dem neuen Bundesstaate das Reichstagswahlrecht auf Betreiben des Zentrums verliehen hat, statt das zuerst vorgeschlagene Pluralwahlrecht; daher die Angst, daß Elsaß-Lothringen ein „Aerikal-demokratisches Gebilde“ werde. Diese konservative Politik ist lächerlich kurzfristig.

Die „Verl. N. Nachr.“ formulieren ihre Ansicht dahin: „Nachgiebigkeit gegen populäre Strömungen — das ist bei schwachen Regierungen noch immer das Leitmotiv der Politik gewesen. Weil man nicht im eigenen Urteile den Kompas hat, entgleiten die Fügel den Händen, die Regierung wird regiert. . . Herr v. Bethmann Hollweg verwarnte sich dagegen, daß die Regierung die kaiserlichen Rechte nicht hochgehalten habe. Aber bedeutet es nicht eine teilweise Abiegung des Kaisers als Landesherrn, wenn er fortan auf die Haltung Elsaß-Lothringens im Bundesrate wirklichen Einfluß nur unter der Gefahr einer Statthalterfreisung und eines Zwiffes mit der demokratischen Landesvertretung ausüben kann? Bedeutet das nicht eine Lösung Elsaß-Lothringens von der Kaiser- und damit von der Reichsgewalt? Der Reichskanzler aber verspricht sich von der Vorlage vielmehr eine engere Verschmelzung mit dem Reiche. Worin könnte sie liegen? Doch einig in der Mitarbeit im Bundesrate. Der Kanzler schwört so auf die „einigende Kraft gemeinsamer Arbeit“. Aber hat diese sich im Reichstage bewährt, wo doch sehr viele breitere Schichten an dieser Arbeit geistig Anteil nehmen können?“

Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht nochmals mit außerordentlicher Schärfe gegen den verantwortlichen Staatsmann sich aus:

„Was hier geschehen ist, heißt nichts anderes, als daß die Reichsregierung gewillt ist, die Grundlagen des Reiches zu verhielen. Das monarchisch-autoritative Prinzip ist geschwächt, das demokratische künstlich geküßt, Preußen wird von seinem natürlichen und rechtmäßigen Schwergewichte geräubt, um das der süddeutschen Kleinstaat zu mehrern. Die Verantwortung der Untätigkeit will der Herr Reichskanzler nicht tragen. Es steht zu befürchten, daß die Geschichte ihm einst eine andere, viel schwerere aufbürden wird. Er war es, der den ersten Spatenstich zum Grabe des Bismarckschen Erbes getan hat.“

So etwas hat man noch keinem Reichskanzler nachgesagt, und viele Freunde des Herrn v. Bethmann Hollweg fürchten um sein Reichskanzlerleben. Man erzählt sich, daß es der geschickte bayrische Ministerpräsident v. Podewils gewesen sei, der den Ausweg der Bundesratsstimmen angeregt habe, und ihm zur Mehrheit verhalf; Bayern habe

somit als Führer der Mittelstaaten Preußen eine Niederlage beigebracht. Tatsache ist, daß Bayern im Sinne der heutigen Verfassungsbeschlüsse tätig war. Wir glauben auch nicht daran, daß der Reichskanzler wegen dieses Gesetzes zurücktreten wird, wenn auch eine starke Strömung gegen ihn tätig ist. Eine andere Frage ist zweifelsohne, wie seine Verhandlungen mit der Sozialdemokratie weiter wirken werden.

Politische Rundschau.

Dresden, den 29. Mai 1911.

— Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg wird dieser Tage vom Kaiser zum Grafen ernannt werden aus Anlaß des Zustandekommens der reichsländischen Verfassung.

— Freiherr v. Rechenberg, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, hat, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Dar es Salam aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, die bestimmte Absicht geäußert, nach Fertigstellung des Schutzgebietes für das Jahr 1912 von seinem Amte zurückzutreten. Seine Abreise aus der Kolonie dürfte noch vor Weihnachten d. J. zu erwarten sein. Rechenberg tritt wieder in den diplomatischen Dienst zurück, manche rechnen damit, daß er Gesandter am Vatikan wird.

— Der Bundesrat hat den vom Reichstage angenommenen Entwurf eines Verfassungs- und eines Wahlgesetzes für Elsaß-Lothringen die Zustimmung erteilt.

— Der Reichstag wird wahrscheinlich am Donnerstag erst vertagt werden, da die Handelsabkommen mit Schweden und Japan und das koloniale Reisekostengesetz noch zu erledigen sind. Die Reichsversicherungsordnung erfährt zudem noch die Annahme des Einführungsgesetzes.

— Der Reichstag führte am Sonnabend die Generaldebatte der dritten Lesung zur Reichsversicherungsordnung zu Ende; der Anfang der Sitzung verlief recht stürmisch, denn der Sozialdemokrat Fischer rief mit seinen Uebertreibungen und maßlosen Angriffen ebenso oft Heiterkeit wie Widerspruch hervor; alle Parteien suchte er zu schulmeistern und nahm sie einzeln vor. Daß der frühere Zentrumswähler Fischer gegen das Zentrum die schärfsten Pfeile sandte, braucht nicht zu überraschen; was er redete, wird man taufendfach im Lande wieder hören; es war eine Agitationsrede sans phrase. Der nationalliberale Abgeordnete Horn-Reich brachte mit großer Ruhe und Sachlichkeit die Vorzüge des Gesetzes vor und verurteilte das Festhalten seiner Partei an den Beschlüssen der zweiten Lesung. Staatssekretär Delbrück schien sich zu beklagen, daß er als ehrlicher Makler zwischen den Parteien keine Provision erhalten habe — er muß sich eben mit den Brillanten zum roten Adlerorden begnügen, die ihm von fern winkten. Vom Standpunkte des Bundesrates aus gab er dann die Zustimmung zu den Reichstagsbeschlüssen. Der Pole Korfanty war nicht mit allen Beschlüssen einverstanden, besonders die Regelung der Landfrankenkassen gefiel ihm nicht und er brachte manches Wort in dieser Richtung vor, das beachtenswert war, da er eine Ausnahmestellung der Polen im Osten fürchtete. Der Zentrumsabgeordnete Beder-Krensborg betonte, daß das Zentrum nicht alle Wünsche erfüllen könnte, da es durch den Kompromiß mit den anderen Parteien gebunden sei. Mit den Sozialdemokraten könne man keine Kompromisse machen, da sie Forderungen aufstellten mit 2 Milliarden Mehrausgaben pro Jahr. Das zweipolige Verhalten des Abgeordneten Nughau beschränkte er dann besonders scharf. Lektzer und Wollenbuhr (Soz.) versuchten sich noch zu verteidigen. Damit schloß die Generaldebatte.

— Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Sonnabend kleinere Vorlagen, Anträge aus dem Hause und eine Anzahl von Petitionen.

— Gegen die reichsländische Verfassung stimmten Konservativ und Wirtschaftliche Vereinigung geschlossen, ebenso die Polen und ferner folgende Abgeordnete: Wittenmayer (Ztr.), Dellor (Elf.), Goring (M.), Dr. Fleischer (Ztr.), Haensler (Ztr.), Gameder (Ztr.), Gauß (Elf.), Dr. Helm (Ztr.), Freiherr v. Heyl zu Herrnsheim, (Hoen (Elf.) enthalten), v. Liebert (Rp.), Göy v. Olenhusen (Ztr.), Graf v. Oppersdorff (Ztr.), Dr. Pfeiffer (Ztr.), Preiß (Elf.), Dr. Klein (Elf.), Schulz (Elf.), Dr. Graf v. Schmetlin Löwig (Präsident), Strajda (Ztr.), Dr. Thaler (Ztr.), Uebel (Ztr.), Wetterlé (Elf.), Dr. Will (Ztr.), Weigberger (Elf.).

— Der Verband der Windthorstbunde Deutschlands, der heute 212 Bunde und circa 14 000 Mitglieder zählt, hält seinen diesjährigen Vertretertag in den Tagen vom 9. bis 11. Juni in Coblenz ab. Das Programm steht unter dem Zeichen: „Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen“ und verspricht eine sehr interessante lehrreiche Tagung von hohem Schulungswerte.

— Landtagsabg. Tournau ersucht um Aufnahme folgender Erklärung. In einem Teile der Zentrumspresse ist meine Haltung bei Behandlung der Feuerbestattungsfrage im Abgeordnetenhaus in nicht ganz zutreffender Weise dargestellt. Meine Gegnerschaft zu der Feuerbestattungsfrage habe ich bei der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes am 18. und 19. Mai d. J. durch meine Abstimmungen, insbesondere zwei namentliche Abstimmungen entschieden bekundet. Wiber Erwarten konnte infolge eines formalen Mangels am 19. Mai die Schlußabstimmung

S
E
ten-
ben
n
für
in
ton.
er
che
s,
raße.
der
1909
rekte Ver-
g. Albert-
rtplatz.
Steis
euheten
ungs-
nde
Umh
e 3-5
tiv
ksch
[1878
str. 5
plan,
Erfolge
unwäsen
ariffen.
Welt aus
Beobacht.
erteilt
ilfe
schäftlich
bet. Bab-
n.
ergleiche.
Rachinen
h. u. Vert
ung. —
elungen
Zeitg. also
auf meine
firma
ch“.
Firmen u.
gewarnt.
Rebenste
inen in Zät
ere
verfahren
Sillart und
chnung und
chromieren
Mitteln
Figuren
richs
straße 29
le Schützen
Referenzen
1906.